



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

125 (17.3.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184396](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184396)

Mannheimer General-Anzeiger

Redaktion: Dr. Fritz Schönbauer, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Schönbauer, für Finanzen: Hans Böhmig, für Lokal- und des Auslandes: Robert Schönbauer, für Sport: Franz Krieger, für Anzeigen: Anton Geisler. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstr. 11 in Mannheim. Draht-Adr.: General-Anzeiger Mannheim. Postfach-Nr. 1790 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte Kolonialwaren für den hiesigen Bezirk 60 Pf., für auswärtige 60 Pf., Finanz-Anzeigen 60 Pf., Resten 30 Pf. Anzeigenpreis: Mittagsblatt vormittags 8 1/2 Uhr, Abendblatt nachmittags 7 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird bei der Berechnung Abzugsrabatt. Belegpreise in Mannheim und Umgebung monatlich 10 Pf. mit Belegkarte. Druckzeitung: Viertel 10 Pf. einjährig 30 Pf. halbjährig 18 Pf. vierteljährig 10 Pf. Einzel-Blatt 10 Pf.

Die Lebensmittellieferungen beginnen.

Um teuren Preis.

Wie bereits am Samstag bekannt geworden, ist das Lebensmittelabkommen in Brüssel unterzeichnet worden. Über den Inhalt liegen uns heute verschiedene Meldungen vor, einmal ein Auszug aus dem Abkommen selbst, der von amtlicher deutscher Seite stammt, ferner einige Meldungen aus französischen und englischen Quellen, die sich aber nicht ganz mit den deutschen Nachrichten decken. Es finden sich Widersprüche, die der Klärung harren. Die deutsche Mitteilung geht sehr flüchtig über das Schiffsabkommen hinweg; die ausländischen Mitteilungen sind genauer und verstärken die bösen Ahnungen, die das Schmelzen der deutschen Gewähr hatte. Die deutsche Handelsflotte wird unter die Alliierten verteilt, der Staat bekommt soviel, der soviel Schiffe zuweisen, der Frachtdampfer, der Personendampfer — je nach Bedürfnis. Das scheint doch darauf zu deuten, daß unsere Schiffe nicht mehr in deutschen Besitz zurückkehren werden, also nicht nur für die Zwecke der Lebensmittelversorgung Deutschlands zur Verfügung gestellt werden. Was diese Auslieferung bedeutet, braucht ja kaum geschildert zu werden, wenn wir daran denken, daß wir eines Tages genötigt sein werden, den größten Teil der für unsere Industrie benötigten Rohstoffe in fremder Fracht einzuführen.

Lebensmittel erhalten wir nun mit Bescheinigung, und zwar so, daß wir unsere Ernährung — hoffentlich — auf eine bessere Grundlage stellen können. Aber um welchen Preis? Die Entente liefert uns 370 000 Tonnen, also das Doppelte, was sie schon vor acht Tagen zugesichert hatte. Im übrigen erhalten wir das Recht, uns auf eigene Kosten entweder bei der Entente oder bei den Neutralen zu verproviantieren. Dafür werden wir natürlich wahre Wunderpreise bezahlen müssen, die hinter den Preisen der Kriegszeit kaum zurückstehen werden. Dann bleibt es noch fraglich, was die Frachtleute entscheiden müssen — ob wir auf den ausländischen Märkten immer die Waren erhalten werden, die wir bedürfen, und fraglich wird sein, ob wir immer die erforderlichen Zahlungsmittel zu jeder Frist verfügbar haben werden.

Niemand wird in dem Abkommen einen diplomatischen Erfolg erblicken wollen. Aber wie sollte der auch möglich sein? Die bitterste Not zwang uns, auf die ungünstigen und ungleichen Bedingungen einzugehen. Wir wissen ja alle, wie leicht es schon seit längerem mit unserem Ernährungswesen bestellt ist, und wir wissen ja alle, daß das halbe Jahr Revolution dieses Ernährungswesen einer Katastrophe entgegengeleitet hat, deren furchtbarer Ausbruch in wenigen Wochen erfolgen mußte. Was also war zu tun? Man mußte kapitulieren, wenn man schlimmeres Unheil verhüten wollte. Das dieses schlimmere Unheil — Hungerkatastrophe mit ihren unbeschreiblichen politischen Wirkungen — verhütet werde, das dürfen wir wohl mit erleichterndem Aufatmen erwarten.

Eine außerordentlich wichtige und nicht unerfreuliche Bestimmung enthält das Abkommen, eine zeitgemäße Anwendung des alten Wortes: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Die Lebensmittel sollen niemandem zugute kommen, der infolge eigenen Verschuldens arbeitslos ist. Es übt also in Form eines Zwangs zur Arbeit aus, und das aus wirtschaftlichen, moralischen und politischen Gründen. Es ist außerordentlich zu begrüßen. Es wird nichts dagegen einzuwenden sein, daß diese Bestimmung mit aller Strenge durchgeführt wird. Es wird allerhöchste Zeit, daß unser Volk von der Strafe kommt und seinen Daseinszweck weniger in Demandsaktionen und Versammlungen als in der fleißigen, stetigen Arbeit sieht, die allein letzten Endes uns gesündere Lebensbedingungen schaffen und uns von der katastrophalen Rüstherstellung der jetzigen Welt- und Preisgestaltung befreien kann. Unser Volk muß wieder arbeiten lernen, die Entente drängt darauf, weil sie wünschen muß, daß wir die Einfuhr mit Waren bezahlen, unsere Geldmittel sollen für andere Zwecke vorbehalten bleiben. Die kurze Begründung, die der amtlichen deutschen Mitteilung beigegeben ist, weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß unsere wichtigste Aufgabe nunmehr die möglichste Steigerung unserer Ausfuhr an Rohstoffen — also Kohlen, Kalk, Holz usw. — und an Industrieprodukten sei. Nur durch Herstellung von solchen Industrieprodukten, für die die Alliierten Lebensmittel hergibt, können wir erwidern, daß die bloße Einfuhrmöglichkeit, die die Entente uns garantiert, eine wirkliche Einfuhr wird. Mit Recht ruft der „Vorwärts“, wie uns ein Privattelegramm aus Berlin soeben meldet, den Arbeitern zu: „Für uns gilt die Gleichung: Kohle ist Brot, Kalk ist Milch, Maschinen sind Butter und Schmalz. Die Industriearbeiterschaft ist jetzt die, die, wenn auch indirekt, für Deutschland Brot, Butter und Speck erzeugen kann und muß. Industriestreik ist jetzt Agrarstreik.“

Das Brüsseler Abkommen.

Wie mitgeteilt, ist am 15. März in Brüssel das Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und über die Zurverfügungstellung der deutschen Flotte unterzeichnet worden. Von amtlicher deutscher Seite wird uns über den Inhalt des Abkommens folgendes mitgeteilt:

1. Die Lebensmittelversorgung.

Deutschland soll, sobald die Schiffe bereit sind in See zu gehen, sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiterhin das Recht, monatlich bis zu 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Brotgetreide oder deren Gegenwert in anderen menschlichen Lebensmitteln zu kaufen oder einzuführen und zwar nicht nur aus Amerika und den Ententeländern, sondern auch aus neutralen Staaten.

Die Einfuhr von Fischen aus Rängen in europäischen Meeren und die Einfuhr von Gemüsen soll hierbei nicht in Berechnung gebracht werden. Die Einschränkungen hinsichtlich des

Risikofanges in der Ostsee werden sofort aufgehoben. Zahlung soll auf jede Lieferung im voraus erfolgen.

Die Versorgung der linksrheinischen Gebiete soll in der gleichen Weise wie die des rechtsrheinischen Gebietes erfolgen.

Die deutsche Regierung soll ferner die Verschiffung über deutsche Häfen und das Inland nach Tschechoslowakei und Dänemark gestatten.

Um die Lebensmittelbeschaffung zu ermöglichen, werden die assoziierten Regierungen den Verkehr nach dem Auslande für Deutschland erleichtern.

2. Die Bezahlung.

In Rotterdam soll eine ständige Kommission die kaufmännischen und sonstigen Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, regeln. Die nach Deutschland eingeführten Waren müssen bar bezahlt werden, wobei Zahlungen in Reichsmark ausreichen. Für die Bezahlungen kommen in Betracht die Erlöse von Ausfuhr, aus Deutschland sowie Zahlungen in deutschen Schiffen in neutralen Häfen, Kredite in neutralen Ländern, Verkauf oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere, Frachten deutscher Schiffe und schließlich Gold, das als provisorische Sicherheit für Vorschüsse dient.

Da die assoziierten Regierungen über 270 000 Tonnen hinaus keine Versorgungsleistungen übernehmen und nur eine Einfuhrerlaubnis von je 370 000 Tonnen monatlich geben, muß Deutschland damit rechnen, den Verkehr zu machen, einen nicht unerheblichen Teil der Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen. Es sind daher Bestimmungen über die Ausfuhr nach neutralen Ländern und die Bewertung von Gold und ausländischen Wertpapieren für Kredite für Nahrungsmittelzufuhr aus neutralen Ländern getroffen worden; die Bestimmungen über den Verkehr mit den neutralen Ländern, insbesondere die Ausfuhr und den Finanzverkehr, enthalten verschiedene Klauseln, insbesondere werden die assoziierten Regierungen Listen über Waren, deren Ausfuhr verboten ist, einhändigen. Auch ist das System der schwarzen Listen in den neutralen Ländern noch nicht aufgehoben, obgleich deren Beseitigung erwogen wird.

Die assoziierten Regierungen haben entscheidenden Wert darauf gelegt, daß Deutschland die Lebensmittelinfuhr möglichst durch Ausfuhr finanziert. Es ist daher bestimmt worden, daß, abgesehen von der Bezahlung der bereits früher fest zugewiesenen 270 000 Tonnen, Gold und ausländische Wertpapiere einzuweisen nur im Betrage von 20 Millionen Dollars für die Bezahlung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Danach haben die assoziierten Regierungen auf die Bezahlung der industriellen Ausfuhrfähigkeit und damit auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland einzuwirken verlangt, daß die Einfuhr niemanden zusammen dürfen der infolge eigenen Verschuldens arbeitslos ist.

Die deutsche Regierung hat sich schließlich bereit erklärt, in Brüssel ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold zu hinterlegen, damit mit der Lieferung von Lebensmitteln sofort begonnen werden kann. Das Depot ist zurückzugeben, sobald andere Mittel bereitgestellt werden — für die Ueberlieferung der beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere an die assoziierten Regierungen.

Es sollen von assoziierter und deutscher Seite Komitees gebildet werden, die an einem noch zu bezeichnenden Ort zusammenzutreten werden.

Die assoziierten Regierungen verlangen ferner, daß mit der Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere sofort vorgegangen wird, was bereits anerkannt wurde.

Durch die Bildung von den assoziierten Regierungen anerkannten Zahlungsmittel wird etwa zur Hälfte der Lebensmittel zu decken sein, deren Einfuhr nach Deutschland gestattet ist. Die Frage der Deckung muß spätere Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Das Abkommen über die Zurverfügungstellung der Flotte.

Das Abkommen über die Zurverfügungstellung der Flotte enthält die Ausführungsbestimmungen zum Trücker Abkommen. Hierbei sind einige Zusagen gemacht worden, insbesondere sind gewisse Ausnahmen, wenn auch vorläufig nur provisorisch, zugestanden worden, ebenso bezüglich der deutschen Konvois und der Schiffsladungen.

Auch die Frage des Delégierter ist in einem Stimm entschieden worden, der ein erprobliches Arbeiten derselben erhofft. Der wesentliche Unterschied dieser Vereinbarungen gegenüber den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß die assoziierten Regierungen nicht Deutschland die Lieferung einer bestimmten Menge von Lebensmitteln garantieren, sondern das Recht einräumen, Lebensmittel in der Höchstmenge von 370 000 Tonnen monatlich durch selbständige Abkässe von Beträgen in den feindlichen oder neutralen Staaten einzuführen.

Die Erhaltung der Kreditfähigkeit Deutschlands gegenüber diesen Ländern ist daher die Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausnutzung der Einfuhrerlaubnis, und deshalb ist unsere wichtigste Aufgabe jetzt möglichste Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Die Auslieferung der deutschen Handelsschiffe.

Die amtliche deutsche Mitteilung sagt sich sehr kurz über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte. Die Alliierten lassen durch ihre Organe nähere Mitteilungen machen, die auch sonst noch die amtlichen deutschen Nachrichten ergänzen:

Amsterdam, 16. März. (WB.) Neuer erzählt rittschin über die Auslieferung der deutschen Handelsschiffe, daß aus verwaltungstechnischen Gründen die ausgelieferte Tonnage unter die Alliierten verteilt werden wird. Da Italien schon im Besitz der österreichischen Schiffe ist, wird es nur einen sehr kleinen Teil der deutschen Schiffe erhalten. Frankreich werden große Ozeandampfer zugewiesen werden, den Rest der deutschen Tonnage werden zu gleichen Teilen Amerika und England erhalten. Amerika hat kein Interesse an Frachtdampfern, von denen England wahrscheinlich drei Viertel erhalten wird. Eine alliierte Wirtschaftskommission wird in Hamburg eingesetzt werden. Sie wird die Aufgabe haben, sich mit den Schiffsfraakten und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Die Frachtgelder werden haupt-

sächlich nach dem Tarif des britischen Blaibuches berechnet werden.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach dem „Intransigeant“ erstreckt sich die Lieferung der Lebensmittel zugestanden den Alliierten vorläufig auf einen Zeitraum von 6 Monaten, also bis zum 1. September. Der britische Versorgungsminister erklärte, Großbritannien sei bereit, außer den zugewiesenen Weizen Getreide und Fett noch 1 000 000 Tonnen Kartoffeln und kondensierte Milch nach Rotterdam zu liefern, von wo diese Lebensmittel durch die militärische Behörde der Alliierten nach Deutschland weiter transportiert werden soll.

Die „Daily Mail“ weiß zu berichten, daß die erste Sendung Lebensmittel von 300 000 Tonnen in 20 Tagen geliefert werde. Der größte Teil dieser Sendung stamme aus England und zwar stellen die Getreidebündeln den Ueberschuß derjenigen Vorräte dar, die England mit Rücksicht auf eine bevorstehende Blockade im Lande aufgestapelt hatte. Da Deutschland gleichzeitig, gekübelt werde, gewisse Erzeugnisse wie Kohlen, Holz und Zucker auszuführen, so kommen die Brüsseler Vereinbarung einer tatsächlichen Aufhebung der Blockade gleich.

Der Wert der von Deutschland auszuführenden Erzeugnisse werde gutgeschrieben, dagegen sind die von der Entente gelieferten Lebensmittel in bar oder in Werttiteln zu bezahlen. Die 1 800 000 Tonnen deutschen Schiffsräume sollen wie folgt unter die Alliierten verteilt werden: Großbritannien erhält 1/4 der Gesamttonnage, Frankreich 75 000 bis 100 000 Tonnen, Frankreich erhält Personendampfer, England Frachtdampfer. Die Bereinigten Staaten verzichten auf Frachtschiffe und erhalten einige Personendampfer. Italien wird, weil es schon die österreichische Flotte requiriert hat, nur ein kleiner Teil der deutschen Schiffe zugestanden erhalten.

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Paris wird über das Brüsseler Abkommen noch gemeldet: Über den Inhalt des in Brüssel zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossenen Abkommens werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Ueber die Ausführung der Schiffe verläutet, daß die Handelsflotte innerhalb dreißig Tage übergeben sein muß. Neue Passivdampfer, darunter der „Imperator“ werden Amerika übergeben. Die Uebergabe dieser Schiffe hat bereits innerhalb dreier Tage zu erfolgen. Diese Schiffe erhalten amerikanische Besatzungen.

Die Alliierten haben weiter Deutschland eine Liste von Erzeugnissen unterbreitet, welche es nicht ausführen darf, um den Wettbewerb mit den Erzeugnissen der Industrie Deutschlands, Belgiens und der anderen Länder auszuhalten.

Es verläutet weiter, daß der deutsche Goldbestand gegenwärtig 570 Millionen Dollar beträgt, das heißt alle ein Zehntel des ganzen Weltbestandes. Dieses Gold muß der belgischen Nationalbank übergeben werden und soll zur Sicherstellung für die Bezahlung der eingefuhrten Lebensmittel dienen. Ingesamt wird Deutschland 150 Schiffe ausliefern müssen. Die Lebensmittelversorgung wird nach der Auslieferung sofort aufgenommen werden.

Weiter wird aus Paris gemeldet, der Schadenersatz, welchen Frankreich von Deutschland fordern wird, wird sich wahrscheinlich auf 7—8000 Mill. Pfund Sterling belaufen.

Baldiger Beginn der Lieferung.

Amsterdam, 16. März. (WB.) Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge soll anfangs nächster Woche der Transport einer großen Menge kondensierter Milch und Speck von Rotterdam nach Deutschland beginnen. Ungefähr ein Drittel der gesamten Milch, die Deutschland zugewiesen wird, befindet sich schon in Rotterdam, desgleichen sind schon mehrere Tausend Tonnen Speck dafelbst aufgestapelt.

Amsterdam, 17. März. (Priv.-Tel.) Die „Dölnische Zeitung“ meldet aus dem Haag: Zu den Brüsseler Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die nunmehr abgeschlossen sind, meldet das holländische Rieu-Büro, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen 300 000 Tonnen Schweinefleisch und 270 000 Kisten Bäckereimilch, die in Rotterdam zur Verladung liegen, nach Deutschland werden abgehen können.

Auch Holland will Lebensmittel liefern.

Haag, 16. März. (WB.) Im „Nieuwe Courant“ wird die Frage erwogen, ob die Lebensmittelvorräte der Niederlande groß genug sind, um die Alliierten in der Lebensmittelversorgung Deutschlands zu unterstützen. Wenn Holland Lebensmittel abgeben könne, soll man sie sofort zur Verfügung stellen, um damit das Hilfswort der Alliierten zu beschleunigen, da es noch ein größeres Interesse als die Alliierten daran habe, daß der Volkshunger, vom Hunger unterstützt, nicht noch weiter um sich greife.

Die Friedenskonferenz.

Die deutschen Grenzen. — Die Entschädigung.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Frage der Festlegung der deutschen Grenzen wird in der laufenden Woche die Konferenz beschäftigen. Nach der Festlegung der Westgrenze Deutschlands wird die Konferenz an die Frage der deutschen Nordgrenze herantreten. In Dänisch-Schleswig wird eine Volksabstimmung angeordnet werden.

Es wird berichtet, daß die englische Regierung die Forderung Frankreichs auf das Saarbecken anerkannt hat.

Auch ist England mit der Schaffung eines Bufferstaates auf dem linken Rheinufer einverstanden. Nach Aufhebung der Befehle der deutschen Gebiete durch die Alliierten sollen die Rheinlande über ihr endgültiges Schicksal selber entscheiden.

Ueber die Bezahlung der Entschädigungssumme sagt Hulin im „Echo de Paris“, daß Deutschland an Frankreich eine Entschädigungssumme von 240 Milliarden zu bezahlen haben werde. Ueber die Art der Bezahlung dieser Summe sagt Hulin weiter, daß man Deutschland dazu 50 Jahre Zeit lassen werde. Mit den aufgelaufenen Zinsen werde sich die Gesamtsumme also auf 848 Milliarden stellen. Die erste Rate mit 10 Milliarden soll 1922 bezahlt werden. Der letzte Termin wäre das Jahr 1972, bis zu welchem die Bezahlung von 20 Milliarden zu erfolgen hätte.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Zu einem kleinen Zwischenfälle, der nicht der erste ist und der nicht der letzte sein wird, kam es in der gestrigen Sitzung des Jänner-Ausschusses zur Besprechung und Festlegung der neuen Waffenstillstandsbedingungen. Die Sitzung mußte aufgehoben werden, weil die amerikanischen Delegierten verlangten, die Akten über die in Abwesenheit Wilsons gefassten Beschlüsse sollten dem Präsidenten zum Studium unterbreitet werden, obwohl Wilson während seiner Hin- und Rückreise nach Amerika durch drahtlose Telegramme über die Arbeiten des Ausschusses auf dem laufenden gehalten wurde. Man nimmt an, daß Wilson zur Durchsicht der Akten nur zwei Tage brauche und hält es für möglich, daß die Bedingungen am Dienstag unterzeichnet werden können.

Der vorsichtige Wilson.

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) In einem Pariser Funkspruch wird festgestellt, daß sich Wilson den während seiner Abwesenheit auf der Pariser Konferenz getroffenen Vereinbarungen noch nicht angeschlossen hat. Die Besprechungen, welche der Präsident am Samstag pflog, beweisen, daß er jedes Problem, über das in der Zwischenzeit Beschlüsse gefaßt worden sind, objektiv prüfen will.

Für einen wirklichen Völkerverbund.

Berlin, 16. März. (WB.) Heute veranstaltete die Deutsche Liga für den Völkerverbund im Herrenhaus eine öffentliche Kundgebung für einen wirklichen Völkerverbund.

Reichsminister Erzberger eröffnete die außerordentlich zahlreich besuchte Kundgebung mit einer längeren Rede, in der er ausführte: Der Wahnsinn des Bolschewismus bedroht die ganze Welt. Hunger und Arbeitslosigkeit sind die treibenden Kräfte. Ein verhängnisvoller Fehler ist es, wenn die Alliierten glauben, daß diese Zerstörung, wenn sie einmal weite Kreise eines Volkes erfaßt hätten, an den Grenzpunkten Halt machen würden. Die Völkerverbandsakte des Präsidenten vom 14. Februar werde hoffentlich nicht vernachlässigt. Denn sie ist ein Samenkorn der reinen Idee Wilsons mit den imperialistischen Bestrebungen innerhalb der Alliierten. Der Ausschluß Deutschlands vom Völkerverbund für einige Zeit ist eine Verleumdung des deutschen Volkes. Die in der Völkerverbandsakte vom 14. Februar vorgesehene Regelung der Kolonialfrage widerspricht Punkt 5 des Wilsonschen Programms. Es ist eine Schmäherlei, die für das deutsche Volk, daß man ihm seine Kolonien wegnehmen und unter die Vormundschaft anderer Völker stellen will.

Wer es eheft mit dem Frieden meint, muß für Gerechtigkeit, für die Abstimmung seiner Bevölkerung in vollster Freiheit fordern. Die Polen lassen oft das Wort „unerbittlich“ in Wilsons Punkt 13 auf ihren Proklamationen fort. Der Grundlag der nationalen Einigung findet seine Grenzen in der nationalen Einigung des anderen.

Dies gilt auch für etwaige französische Aspirationen auf das Rheinland, das deutsch ist und deutsch bleiben will auf alle Zeiten.

Die Absichten der Polen auf Danzig sind ein Verbrechen. Der Zugang zum Meer für Polen läßt sich ohne Annexion dieser deutschen Stadt erreichen durch die Neutralisierung direkter Wege unter der allgemeinen Friedensbürgschaft, wie Wilson am 22. Januar 1917 gesagt hat. Die unerhöhten Schadenersatzforderungen der Ententepresse sind unbegründet und abzulehnen. Seit dem 12. Dezember 1918 hat Deutschland verschiedentlich den Frieden angeboten. Die Angebote wurden aber zurückgewiesen und Deutschland zur Fortführung des Krieges gezwungen. Daher kommt ein Schadenersatz für die Zeit nach dem Dezember 1918 nicht in Frage. Eine moralische Schadenersatzpflicht besteht für Deutschland überhaupt nicht, von Belgien abgesehen, wo Deutschland in dieser Frage loyal vorgehen werde. Deutschland ist nicht mehr und nicht weniger schuldig am Kriege, wie jedes andere Volk, das daran teilgenommen hat.

Die Entscheidung, die jetzt über die Menschheit fällt, ist mindestens so bedeutungsvoll, wie der Kriegsausbruch 1914. Wer jetzt entscheidet nicht mehr die Kabinette, sondern die Völker. Keine Regierung kann mehr ohne den Willen des Volkes einen Schritt unternehmen. Das gilt auch für die deutsche Regierung hinsichtlich des Friedens.

Mit dem deutschen Volke bekennt die deutsche Regierung sich zum Rechtsfrieden und zu den 14 Punkten Wilsons. Beide sind gemäß, den Frieden auf dieser Basis zu schließen, aber weder die Vertreter des deutschen Volkes in der Vorkonferenz, noch die deutsche Regierung haben vom deutschen Volke ein Mandat, einen Frieden zuzustimmen, der über die 14 Punkte Wilsons hinausgeht. Das deutsche Volk appelliert an das Gewissen der Alliierten. Wilson erklärte am 18. Januar 1918, man wolle nicht, Deutschland ein Unrecht zu tun, er wolle ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt, nicht einen Herrscherplatz, aber sein Recht.

Als geheimer Redner sprach der Vorsitzende der Zentralkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Mitglied der deutschen Nationalversammlung Karl Heggen über dasselbe Thema. Er wandte sich zunächst gegen die Alliierten und sprach von der Vorkonferenz, die den Krieg mitverschuldet habe, einen Krieg, der mit den grausamsten Mitteln geführt worden sei. Ein solcher Krieg dürfe nicht wiederkehren. Wohl aber müsse der allgemeine Völkerverbund kommen, ohne Ausschließung irgend eines Staates. Der Völkerverbund, wie ihn die Entente sich denkt, dem wohl Gerden, Monarchenprinzip und Fiktion-Elemente, aber keine Deutschen angehören sollen, sei kein Völkerverbund, sondern eine Willkürselbstverwaltung der Sieger.

Inhalts des Prof. Walter Schöding, der von der Berner Konferenz nicht rechtzeitig eingetroffen vermochte, hielt die dritte Ansprache des Abends das Mitglied der preussischen Landesversammlung, Universitätsprofessor Dr. Emil Uebberhaider, hielt.

Öffentliche Redner erzielten reichen Beifall, häufig wurden sie durch stürmischen Beifall unterbrochen. Infolge des ungünstigen

Wandres hatten Hunderte keinen Einfluß finden können. Es soll deshalb in den nächsten Tagen eine zweite Preisversammlung gegen den Gemalifrieden abgehalten werden.

Der Hanja-Bund für die geschlossene Organisation des Bürgerturns.

Berlin, 15. März.

Der Hanja-Bund hielt eine Versammlung in der Philharmonie ab, in der sein Bundesdirektor Dr. Kurt Köhler über das Thema: „Wie erlangen Handel, Gewerbe und Industrie die verdiente Geltung in Deutschland?“ referierte.

Der Redner führte zunächst aus, wie gering sich das erwerbsfähige Bürgerturn und das Bürgerturn überhaupt, trotz der Mahnungen bisher an der Gestaltung der politischen Dinge beteiligt habe. Falls es von einer früheren Herrschaft des Bürgerturns zu sprechen. Das alte Deutschland sei von der Bürokratie, in Verbindung mit dem preussischen Feudaladel und dem Großgrundbesitzer beherrscht worden. Den Grund des politischen Verfalls des Bürgerturns suchte der Redner in der Gleichgültigkeit, dem Kurzwort-Verdienen-Wollen und der mangelnden politischen Erziehung des Bürgerturns, insbesondere auch in dem gänzlichen Fehlen des Solidaritätsempfindens. — Durch die Umwandlung der politischen Verhältnisse sei das erwerbsfähige Bürgerturn zunächst in eine Abwehrstellung gedrängt, die unbedingt eine Zusammenfassung der im Bürgerturn vorhandenen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte erfordere, wenn es als gleichberechtigter und verhandlungsfähiger Faktor zukünftig noch gelten und nicht einfach dauernd überannt werden wolle. Redner forderte deshalb, daß die zahlreichen Fachorganisationen zu einer Einheit zusammengefaßt werden, erstens, um dem Bürgerturn einen größeren blätter notwendigen Einfluß auf die politischen Parteien und damit auf das politische Leben überhaupt zu sichern, zweitens aber auch, um nötigenfalls die Idee des bürgerlichen Angriffsstreiks zu organisieren. Ein sehr willensstarker Teil der Arbeiterschaft proklamierte die Generalstreiks heute ja nicht mehr aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern in wesentlichen aus politischen Rücksichten; das Endziel sei die Schaffung der einheitlichen Herrschaft der Arbeiterschaft unter vollkommener Ausschaltung des Bürgerturns. Es handele sich also nicht etwa um die selbstwichtigen Interessen einer Klasse, sondern um die Sicherung der Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft, die die Mitarbeit und die Führerschaft des erwerbsfähigen Bürgerturns nicht entbehren könne. Durch enge Verbindung mit dem Reichsbürgerturn und den örtlichen Bürgerturnen, sowie, wenn nötig, mit den zentralen Stellen der Gesamtarbeiterschaft müsse eine Spitzenorganisation des erwerbsfähigen Bürgerturns in einem Aktionsauschuß der Fachverbände geschaffen werden.

Zahlreiche Diskussionsredner, die als Vertreter verschiedener Berufsverbände sprachen, stellten sich in der Hauptsache auf den Boden der Ausführungen des Referenten.

In seinem Schlußwort sagte Direktor Dr. Köhler die Aussprache dahin zusammen, daß der Hanja-Bund zunächst umgeben an die Fachorganisationen heranzutreten werde, um eine aktionsfähige Spitze des erwerbsfähigen Bürgerturns, organisiert in seinen Fachverbänden, zu schaffen. Daneben werde der Reichsbürgerturn seinerseits beauftragt werden, die Idee des bürgerlichen Angriffsstreiks so zu organisieren, daß im Notfall seiner Anwendung ein Erfolg gesichert sei. Der Hanja-Bund werde ferner in seinen 700 Ortsgruppen und 23 Landesverbänden die Gedankengänge und Forderungen ebenfalls zur Erörterung stellen, um eine einheitliche großräumige Bewegung, mit dem Ziel der weitmöglichsten Organisation des Bürgerturns auf wirtschaftlicher und kultureller Grundlage zu sichern.

Deutsches Reich.

Der 2. deutsche Rätekongreß.

Berlin, 16. März. (WB.) Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gibt bekannt: Die vorläufige Tagesordnung des 2. deutschen Rätekongresses lautet:

- 1. Bericht des Zentralrates, Referent: R. Reimert.
2. Der Aufbau Deutschlands und das Räteystem, Referent: Max Cohn.
3. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Referent: Karl Kautsky.
4. Neuwahl des Zentralrates.

Alle den Rätekongreß betreffenden Anfragen sind an die Kongreß-Kommission des Zentralrates, Berlin, Herrenhaus, zu richten. Die Richtlinien für die Wahl und die Wahlkreis-einteilung sind eben dort erhältlich.

Polnische Uebergriffe.

Berlin, 17. März. (Von unj. Berl. Büro.) Der polnische Provinzialparlament wurde durch den obersten polnischen Volkerrat aufgelöst.

Den Abgeordneten der preussischen Landesserversammlung, welche in den von den Polen besetzten Gebieten mohnen, wurden von der zuständigen polnischen Stelle die Reiseausweise verweigert.

Der ostafrikanische Feldzug.

Offiziell ist deutsch bleiben.

Berlin, 16. März. (WB.) Zu einer bedeutungsvollen Protestkundgebung gestaltete sich der von der Gesellschaft für Ostafrika in der ersten Aula des ehemaligen Bibliothekgebäudes veranstaltete gestrige Vortragsabend. Gouverneur Dr. Schone, mit stürmischem Beifall von der Versammlung begrüßt, schilderte in feierlichen Ausführungen den Verlauf des ostafrikanischen Feldzuges. Die Eskorte hätte sich über alle Erwartungen gut gehalten; aber auch die Truppen und die übrigen Eingeborenen. Wir waren, sagte der Redner, 6000 Europäer einschließlich der Frauen und Kinder unter einer Eingeborenenbevölkerung von 8 Millionen Köpfen. Während diese Leute, wenn wir sie schlecht behandelt hätten, nicht unser Joch von sich abgestreift hätten, als wir von allen Seiten von weit überlegenen Streitkräften bedrängt wurden? Letztlich ist es nicht zu einem Aufstand, auf den die Eingeborenen gerechnet haben, gekommen. Wir haben die Feindschaft unserer humanen Eingeborenenpolitik gerührt. Unsere Gegner dagegen mit ihrer angeblich besseren Eingeborenenverwaltung mußten es erleben, daß ihre eigenen Eingeborenen sich erheben. Aus einer englischen Kolonie schickte ein Eingeborenenabgesandter zu mir, um Hilfe gegen seine Unterdrücker, die Engländer. Unter einem solchen Druck, wie jetzt unter der englischen Herrschaft, standen die Deutsch-Ostafrikaner zu keiner Zeit.

Die Engländer prahlen mit ihren Waffen von Trüppern oft mit recht ableser Mitteln. Sie veranstalten Konzerte und halten dann die Trüppern, ahnungslos den Beute zugangeweise, sie predigen ihnen das Völkerverbund und die Moral unsere eigenen Eingeborenen gegen uns zum Kriegsdienst und demoralisieren eine Front Eingeborenen, einzeln selbst bis nach St. Helena. Die Belgier verurteilten nach dem bekannten Konventionssatz von Kap. 17. Kein Wunder, daß die Eingeborenen unter diesen Verhältnissen an die guten Zeiten der deutschen Herrschaft zurückdenken. Die Taten des einen und der anderen nicht aus der Welt schaffen, daß die ostafrikanischen Eingeborenen unter deutscher Herrschaft bleiben wollen. Die eingeborenen Bevölkerung, die unter den schwierigsten Verhältnissen so weit zu uns gekommen hat, das auch, helfen

Erde von dem Blut unserer Helden getränkt ist, sie müssen deutsch bleiben. Der Feind mag die Macht haben, unsere Kolonien zu rauben, das moralische und juristische Recht ist auf unserer Seite. (Stürmischer Beifall.)

In dem Schlußwort appellierte der Vorsitzende Geh. Rat Rend. von dem offenbar durch das englische Blaubuch falsch unterrichteten, an den, durch das deutsche Weibbuch besser zu unterrichtenden Präsidenten Wilson und drückte die bestimmte Erwartung aus, daß die Frage der deutschen Kolonien doch noch gemäß Punkt 5 der Wilsonschen Januareklärung geregelt werde. Zum Schluß wurde eine Protestentscheidung angenommen, der Redner, Senat und die Professoren der Universität sowie die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und die übrigen Erschienenen einstimmig zustimmten.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Unbeantwortete deutsche Anfragen.

Berlin, 16. März. (WB.) Sitzungsbericht der Wato vom 15. März. General von Hammerstein stellte in der heutigen Sitzung fest, daß die Entente in letzter Zeit auf wichtige deutsche Anfragen trotz deren Dringlichkeit keine Antwort erteilt hat. So habe die deutsche Kommission seit dem 4. März mehrfach betont, daß die Entente entweder dem deutschen Kampf an der Ostfront keine Hindernisse in den Weg legen oder von Deutschland keine Fortsetzung des Kampfes gegen den Bolschewismus verlangen dürfe. Außerdem sei der deutsche Protest gegen die polnischen Angriffe in Polen nach dem Abschluß des Waffenstillstandes nicht erledigt, obwohl die Entente deutscherseits seit dem 8. März wiederholt ersucht worden sei, weitere Feindseligkeiten zu verhindern. Außerdem sei die deutsche Anfrage vom 26. Februar über das Schicksal des Generals Sيمان von Sanders trotz mehrfacher Erinnerungen unbeantwortet geblieben. Deutscherseits müßte die Verzögerung mit Bedauern festgestellt und die Alliierten darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie bei ähnlichen Verzögerungen seitens Deutschlands heftige Vorwürfe zu erheben pflegen.

General Haking, der englische Vorsitzende, erklärte zu Punkt 3, er habe soeben ein Telegramm erhalten, daß Sيمان von Sanders mit seinem Stabe jetzt bis zur Friedenskonferenz, die über seine Festhaltung und Aburteilung entscheiden werde, in Malta zurückgehalten werden soll. Auf die Anfrage Hammersteins, ob seine Festhaltung gleichbedeutend mit einer Verhaftung sei, konnte Haking keine Antwort erteilen.

Zu den beiden anderen Punkten der Beschwerde erklärte der französische Vorsitzende, General Rudant, u. a.: Die Frage des deutschen Kampfes gegen den Bolschewismus, die sich um die Zuführung deutscher Verstärkungen über die Ostsee nach Kurland drehe, werde augenblicklich von den alliierten Regierungen geprüft werden.

Letzte Meldungen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Brüssel, 16. März. (Havas.) Amerika bestimme Kautzen als Auswanderort für eine Verproviantierungsexpedition. Am Samstag wurde ein Protokoll über die Schiffs- und Bahntransporte nach dem Rheine unterzeichnet.

Behrman-Hollweg und der Kaiser.

Berlin, 17. März. (WB.) Auf unsere Anfrage an den früheren Reichskanzler Dr. von Behrman-Hollweg ob er sich zu dem Artikel Prof. Schiemanns „Kaiser und Reichskanzler“ äußern wolle, ist uns von ihm folgende Antwort zu gegangen:

Auf den von Professor Schiemann beschrifteten Weg der Indiskretion mich zu begeben, ist mir, wie Sie verstehen werden, nicht möglich. Die Wissenschaft, die Schiemann im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit wurde, umsofort nur einen allerdings wichtigen Teil der diplomatischen Berichterstattung. Der Verfasser irrt in der Behauptung, daß dem Kaiser irgend welche für die Kenntnis der internationalen Lage wesentlichen Momente oder Tatsachen vorenthalten worden wären. In meinen Vorträgen und in den Vorträgen des Staatssekretäres des Auswärtigen wurde dem Kaiser die Lage stets so geschildert, wie sie sich nach dem Ergebnis des gesamten Materials mit Einschluß der geheimen Berichte darstellte. Der Kaiser wurde in keinem Zeitpunkt über die Befehle der gegenwärtigen Koalition im Zweifel gelassen, und er selbst war von dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Ernst der Lage tief durchdrungen. Daß mir persönlich ein Hang zur Schwärzerei fern lag, brauche ich kaum zu betonen. Wenn Schiemann die Huldigung der Nordlandsreise als unverantwortlich betrachtet, so überließ er, daß ungefähr zu gleicher Zeit auch ein besonders erfolgreiches Mitglied der gegnerischen Koalition, Präsident Poincaré, auf See war. Schiemann, der von der Festigkeit der Beziehungen innerhalb der Entente ein klares Bild hatte, mußte wissen, daß jeder Sprengungsversuch nur das Ergebnis weiterer Festigung gehabt hätte. Er scheint auch zu übersehen, daß 1911 das Jahr der Nord-Georgien-Expedition, 1912 das Jahr des Gren-Lombardschen Preiswettbewerbs war. Auf die Befestigung unserer Lage durch den Hinweis auf die Lage Friedrichs des Großen geht es nicht ein. Der Gedanke des Präventivkrieges, den Schiemann anknüpft, hat allerdings allen für die Politik des Deutschen Reiches verantwortlichen Persönlichkeiten ferngelegen.

Wittham II.

Haag, 16. März. (WB.) In der ersten Kammer erklärte Prof. Wittham, er protestiere gegen jedes Eingehen der Regierung auf ein Gesuch um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, gleichwohl, daß diese Absicht motiviert sein werde. Der Justizminister antwortete, daß allein das Gesetz über die Beurteilung eines derartigen Gesuches entscheidend sein werde.

Ludendorff und Scheidemann.

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Herr Scheidemann übermittelte dem „Vorwärts“ folgende Erklärung: „Aus der Presse erhebe ich, daß der General Ludendorff am 13. März wieder einen Brief an mich geschrieben haben soll. Er scheint also die Handhabung der Treuhänderganda — wie einst im Krieg — noch zu verstehen. Eine nochmalige Antwort meinerseits erübrigt sich, nachdem ich dem Herrn General bereits am 3. März mitgeteilt habe, daß die Regierung demnächst eine Sammlung von Dokumenten herausgibt, durch die die Haltung des Herrn Ludendorff vollkommen klargestellt werden wird.“

Gegen den Völkerverbund.

Amsterdam, 16. März. (WB.) Der niederländische Telegraphen-Agentur zufolge ist in Washington eine Vereinigung gegründet worden, die das Ziel hat, den Völkerverbund zu bekämpfen. Dieser Vereinigung gehören die Senatoren an, die gegen den Völkerverbund sind.

Berlin, 17. März. (WB.) Den Mitgliedern der preussischen Landesversammlung und der preussischen Volkstammer sind, wie General Rudant am 15. März in Spa im Auftrag der Alliierten mitteilte, im Tag- und Briefschaften die folgenden Bergungsleistungen gemeldet worden, wie sie den Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung zugesandt wurden.

Berlin, 16. März. (Havas.) Italien unterzeichnete die Rastattabstimmung.

Die Etage
bietet in guten Stoffen
stets Vorteile

Samson & Co.

D 1, 1 Paradeplatz D 1, 1

Verkaufsräume 1 Treppe hoch. Aufgang durch den Hausflur.

Unsere Auswahl erleichtert den Einkauf!

Sie finden bei uns

Entzückende Kostüme für das Frühjahr
in Seide und Wolle

Reizende Waschstoffe für Kleider u. Blusen
sehr aparte Dirndelstoffe

Bewährte Seidenstoffe für das Frühjahr
viele Farben in Crép de Chine

Ein Posten
Doppelbreite Foulards 24.50
in sehr vornehmer Ausführung, Meter

National-Theater

Montag, den 17. März 1919.
8. Selbst-Vorstellung
Bei aufgehobenem Abonnement
Emilia Galotti
Anfang 7 Uhr.

Künstler-Theater „APOLLO“
Heute Montag abends 7 Uhr: **Schwarzwalddädel.**
Dienstag: Jung muß man sein.

KABARETT **RUMPELMAYER**
Täglich 4 Uhr-Tee
mit Unterhaltung durch Kabarett-Künstler.
Abends **Märzprogramm**
Kaffee u. Konditorei Rumpelmayer
Täglich Konzert
der Kapelle Neumann

Rosengarten — Dienstag, 18. März
1/2 8 Uhr Nach

II. Lieder- u. Balladen-Abend

Tiemer National-Theater Mannheim
Mithwirkung: Prof. Hans Hermann, Kapell.
Neues Programm.

Auf vielfachen Wunsch kommt der Gesamtzyklus „Die Singsprüche des Omar Khajjam“ zur Ausführung.
Eintrittskarten: Sitzplätze M. 1.00, 4.00, 2.00, Stehplätze 1.50
Für Schüler Sitzplätze 1.50 im Mannheimer Musikhaus P 7, 14a

Fritz Sänger, München
spricht über:

„Den Schaffenden die Zukunft“
(mit anschließender Diskussion)

am Montag, den 17. März 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Versammlungssaal des Rosengartens. Na96

Karten zu Mk. 1.00 bei Heckel, im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a und abends an der Kasse.

Neue preiswerte Übergangshüte
empfehlen Ta96

Geschwister Schrag, N 3, 7/8
Das Umformen und Färben alter Hüte wird von uns besorgt.

Reparaturen von Uhren

aller Art werden schnell und billig ausgeführt.
Prompte, technische Bedienung. H19a

Ludwig Groß, Q 4, 21, 2 Treppen.
Früher Mittelstraße 28a.

Eilboten-Zentrale Grüne Radler F15a

besorgt Alles, erledigt Alles.
Büro Q 4, 19. Tel. 6920.

Für gefl. Beachtung!
Das Neuformen von Sommerhüten für Damen, Mädchen und Kinder
abends
waschen und bleichen von Panama und Florentiner
habe um eine rechtzeitige Fertigstellung zu gewährleisten, schon jetzt eröffnet.
Neueste Frühjahrsmusterformen
in großer Auswahl.
N 2, 9
Kunststraße **Hugo Zimmern** N 2, 9
Telephon 1589
Spezialhaus für Damenhüte. AlBa

Kaufmännischer Verein Mannheim E. V.

Donnerstag, 20. März 1919
pünktlich 7 1/2 Uhr abends
im hinteren Saal des Wiener Restaurants C 1, 10/11

Vortrag über Sozialisierung

mit darauffolgender Aussprache 296
wage wir unsere verehrlichen Mitglieder mit Familienangehörigen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen hier einladen. Der Vorstand.

Zum Osterfeste

fertig nach am: 288a
Damen-, Tanz- u. Kinderkleider, Blusen und Mäntel.
M. Kirst, M 2, 3.

Achtung!

Nicht 20 und keine 10 Mark kostet die beliebte u. bewährte Schließversicherung in der Welt. Solange sie nicht auf der Seite des praktischen und besten unentbehrlichen Mittel gegen Einbruch, D. H. G. R., kostet nur 1.80 Bfg. in jeder der neuesten Ausführung. H101
Bei 10 Schloß Rabatt.

A. Zulauf

Stuttgart-Fellbach.
Beruflicher Gehalt.

Abolvent einer 6klassigen Realschule mit guten Zeugnissen wünscht zur weiteren Ausbildung 225a
Aufnahme in einem technischen Bureau.
Gefällige Anerbieten unter R. V. 42 an die Geschäfts-Verwaltung dieses Blattes

Beteiligung

Geschäftsmann sucht sich an einem löblich. Unternehmen mit 8000-10000 Mk. tätig zu beteiligen. 577a
Zuschreiben unt. T. S. 89 an die Geschäftsstelle des Bl.

Student

benötigt Schularbeiten mit Nachhilfeunterricht. Stellung im Hause bevorzugt. Mannheim ad. Umgebung. Suche. unt. P. D. K. 7215 an Rudolf Wöhl, Hauptstr. 6, Mainz. 623c

Herrnhöfden-Klinik

C 3, 19 II.
Krankenpflege, Reparaturen unter Garantie für ganz Gg. 422a

Abendunterhaltung, O 5, 9/11
Ein schöner Abend ist beschieden. Ja96
beim Linsner, Hier, im Café „Frieden“.

Frühjahrs-Ausstellung!

Damen-Mäntel	Tailen-Kleider
Seldene Mäntel	Kinder- u. Backfisch-Kleider
Kostüme	Blusen

Seit 10

Beachten Sie unsere Ausstellung in den Schaufenstern und in den Verkaufsräumen.

Gebr. Rothschild, K 1, 1-2

Eltern!
Knaben u. Mädchen, Herren u. Damen, Gewerbetreibende, Meeresoffiziere etc. erhalten eine gründl. Ausbildung in sämtl. kaufm. Fächern bei strengem Einzel-Unterricht in Tages- u. Abendkursen (Eintr. 10 Pf.)
Institut Büchler
O 6, 1 O 6, 1
Gegr. 1887. Lab. Ch. Danner, staatl. gepr. Gegr. 1887. Alle Absolventen sind gut platziert. Kia

KL Kammer-Lichtspiele
D 2, 6 Planken Telephon 987

Nur noch heute! **Das große Doppelprogramm!**

Leontine Kühnberg Ferner: Der berühmte Detektiv
in dem erstklassigen 5 Akter-Lebensdrama
Nic Carter in dem spannenden 4 Akter-Kriminaldrama
Kinder der Landstraße. **Der Schatten**

Moderne zu den bekanntesten billigen werden
Nah-Arbeiten, Zöpfe. Ferner empfehle ich mich im
Reinwaschen, Dabulieren, Parfümerie und Toilettenartikel.
B14a Ad. Arras, Damen-Parleur, Q 2 Nr. 19 20.

Ingenieurschule zu Mannheim.
Städtisch subv. höhere technische Lehranstalt für
Maschinenbau und Elektrotechnik.
Der Unterricht im Sommersemester 1919 beginnt am
Mittwoch, den 23. April.
Anmeldungen für die unteren 2 Semester können
nur noch bis zum 25. März entgegengenommen
werden. K90
Die Direktion.

OPIUM

Der Film mit der
phänomenalsten
Pracht-Ausstattung
und den größten
Regie-Kosten!

Verein Mädchenhort
Einladung zur
IX. Mitglieder-Versammlung
am 20. März, abends 6 Uhr, in der Aula der Friedrich-
schule, U 2.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht 2. Außenbericht 3. Neuheiten.
Die Vorsitzende.

Mannheimer Hausfrauenbund.
Verkaufs- und Beratungsstelle
jetzt M 3, 6.
Auskunft in allen haus-
wirtschaftlich. Fragen.
Verkauf von Kochkisten.
Bono frisch eingetroffen
Dürrobt, 9210
Edelwürze Merkur.